Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2148 2149 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernfr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48, Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Veranlagungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — **Freitag, den 2. Dezember 1927** — **76. Jahrgang. Nr. 1240**

Bauerntum und Arbeiterschaft.

Vom Diözesanpräses Dr. Konermann, Münster.

In der letzten Zeit hört man aus westfälischen Bauernkreisen wiederholt den Wunsch, mit der Arbeiterschaft in ein engeres Verhältnis, in eine Art Arbeitsgemeinschaft zu kommen. Ich begrüße diesen Wunsch auf das wärmste, zumal ja die christliche Arbeiterschaft sich schon früher dahingehend ausgesprochen hat. Ein verständnisvolles Zusammenarbeiten, aufgebaut auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung, ist für beide Teile von großem Segen. Sehr treffend sagte ja vor einigen Tagen ein westfälischer Bauernführer, daß beide Stände, die ja die großen Massen unseres Volkes ausmachen, durch Arbeits- und Kulturverhältnisse eng miteinander verbunden seien. Ich möchte gerade diese Worte aufgreifen und zeigen, wie die verschiedenartigsten Verbindungen zwischen beiden Ständen hin und herlaufen. Zunächst folgendes: Die Millionen von Menschen, die heute in der Industrie sitzen, stammen zu 95 Prozent vom Lande, sind also Kinder von Bauern und Köttern, die als nachgeborene in der Heimat keinen Lebensraum gefunden haben; daher ihre Abwanderung in die Industrie, die ihnen wenigstens Freiheit und Unterkommen, Brot und eigene Familie in Aussicht stellte, wogegen daheim nur einer als Bauer auf dem Hofe bleiben konnte. Ein Gang durch die Familien unserer Industriebezirke ist der lebendige Beleg für diese Behauptung. All die alten Namen unserer münsterländischen Bauern- und Kötter-Familien finden sich dort wieder. Daher eine ganz enge Blutsverwandtschaft zwischen beiden. Sollte nicht gerade dieser Gedanke das Zusammengehörigkeitsgefühl von Industrie- und Landvolk gewaltig stärken, sollte man sich nicht wie Kinder desselben Familienblutes gegenseitig achten und lieben und in allem zu verstehen lernen? Aber trotz dieser Blutsverwandtschaft doch eine Grundverschiedenheit in den Lebensverhältnissen, die diese Bande eigentlich noch enger knüpfen sollte. Wir sehen in der Industrie, die bei der fortschreitenden Rationalisierung gerade heute höchste Kraftleistungen verlangt und daher die Massen frühzeitig abnutzt, allzu viele verbrauchte, hinsiechende Menschen und Familien, die zudem aus den verschiedenartigsten Gründen den Lebenswillen zum Kinde, zur Nachkommenschaft nicht mehr in sich tragen. Große Städte wie Hamburg, Frankfurt u. a. haben ja heute schon mehr Särge als Wiegen; andere leben nur vom Zuzug gesunden Nachwuchses vom Lande. Und jeder vierte Deutsche ist heute bereits ein Großstädter; jeder fünfzehnte sogar ein Berliner. Die Bevölkerungsentwicklung hat sich in den letzten Jahrzehnten geradezu umgestellt; früher über ein Drittel des Volkes Landkinder, heute nicht mehr ein Drittel. Und fast in gleichem Tempo die absteigende Linie hinsichtlich Nachkommenschaft und Verbrauch dieser umgeschichteten Massen. Dazu heute das Problem der Arbeitsversorgung, das uns in früheren Jahren bei dem Aufstieg unserer Industrie kaum beschäftigt hat, höchstens insofern, als wir uns nach ausländischen Arbeitskräften umsehen mußten. Heute die zunehmende Rationalisierung, die Menschenkräfte durch Maschinen ersetzt; dazu der furchtbare Kampf um Absatz im In- und Ausland; im Auslande, weil wir aus innerwirtschaftlichen oder handelspolitischen Schwierigkeiten den Konkurrenzkampf nicht allseitig bestehen; im Inland, weil bei niedrigen Löhnen und Gehältern die Kaufkraft gerade der großen Massen fehlt. Daher die mehrere Hunderttausende von Arbeitslosen, daher die Artikel in Fachzeitschriften über Züchtung des Qualitätsmenschen der Zukunft unter Ablehnung der Massenerzeugung. Zu gleicher Zeit in dreiviertel Jahren etwa 3 Milliarden Passiva in unserer Handelsbilanz; wahrhaftig eine besorgniserregende Entwicklung! Alle diese Momente in der modernen Entwicklung weisen aber den denkenden, beobachtenden Menschen mit aller Schärfe hin auf den engen Zusammenhang, die lebenswarme Verbindung von Land und Industrie. Wir müssen zunächst die Massen der Industrie, die früheren Kinder des Landes, wieder mehr in Luft und Licht der gesunden Gottesnatur hineinbringen. Daher die ungeheure Bedeutung der sogenannten Industrie-Ausfiedlung, des Flachbaues, verbunden mit Garten und Grünplätzen usw. Wir müssen also unseren Kindern des Landes, die in der Industrie ihre alte Heimat verloren haben, zur Gesundung an Leib und Seele ein Stück Landheimat wiedergeben, soweit solches nur irgendwie möglich ist. Das neue Städte-Baugesetz wird ja gerade hier gute Dienste leisten. Dann ist es aber auch dringend notwendig, daß unser Bauerntum und seinen Organisationen sich mehr der nachgeborenen Kinder annehmen. Hier liegt heute eine Standes- u. Sozialaufgabe von ganz ungeheurer Bedeutung. Wohin mit diesen jungen Menschen? Zum Studium fehlt vielfach Geld und Lust. Die Industrie ist heute mit Menschen überreich versorgt. Das Los der sogenannten alten Ohms ist überlich nicht beneidenswert, dazu noch oft die sittlichen Gefahren. Und dann die Folgen für die ganze Familie, für den Hof

Hier liegen Aufgaben nach der Seite der richtigen Berufsberatung, der Kreditbeschaffung, der Innen- und Ausland-Siedlung u. a., die für unsern Bauernstand heute geradezu entscheidend werden. Hier muß im Interesse des heranwachsenden Geschlechtes und unseres ganzen Volkes mu alten Vorurteilen und ererbten Gebräuchen aufgeräumt werden, soweit die neuen Verhältnisse um des Lebensraumes willen solches gebieterisch verlangen. Zudem schafft ja auch Neukultivierung und Neusiedlung auf Klein- und Mittel-Höfen eine Intensivierung der Landwirtschaft, die in Aufnahme von Menschen und Vermehrung der Produkte dem ganzen Volke, vor allem auch den Industriemassen zum Segen gereichen. Stammt doch heute etwa die Hälfte der Passiva unserer Handelsbilanz aus Einfuhr von Lebensmitteln usw.

Noch aus einem andern Grunde ist eine engere Verbindung zwischen Bauerntum und Arbeiterschaft sehr zu begrüßen, nämlich nach der rein wirtschaftlichen Seite des Absatzes und des Konsums. Wir haben heute für manche landwirtschaftliche Produkte recht niedrige Preise, und zwar gerade für solche Produkte, die den meisten westfälischen Bauern gerade das notwendige Bargeld einbringen müssen; zur selben Zeit macht aber der Stadt- und Industriekaufhäuser in so manchen Geschäften die bittere Erfahrung, daß die Preise hier für dieselben Produkte noch recht hoch sind. Ob die Ware inzwischen durch zu viele Hände gegangen ist oder die Gewinnspanne zu hoch ist! Jedenfalls ist hier ein engeres Zusammenarbeiten, wie es nun beiderseitig gewünscht wird, von größtem Segen, einerseits, um dem Landwirt einen gebührenden Preis zu sichern, anderseits aber um den Massen des Volkes, deren Kaufkraft auch zum Segen der Landwirtschaft gehoben werden muß, gute, preiswerte Produkte zuzuführen. Gangbare, erfolgreiche Wege sind bereits in anderen Ländern beschritten worden und werden hoffentlich auch hier bald beschritten werden. Überaus erfreulich ist es auch, daß man heute in gewissen Bauernkreisen sich wieder mehr besinnt auf die wirklich christlichen Grundlagen der Bewegung, die ja doch im Geiste Christi auf Verstehen und Versöhnen, auf Helfen und Dienen beruhen, und daher auch engere lebendigere Verbindung sucht mit den verantwortlichen Stellen der einzelnen christlichen Konfessionen, wie solches in christlichen Arbeiterkreisen ja von Anfang an der Fall war. Wo aber wirklich tief christlicher Geist herrscht, werden Menschen auch über etwaige Berufsgegensätze hinweg sich verstehen und achten und in Liebe und echter Volksgemeinschaft einander helfen und zu dienen suchen.

Dr. Wirth genesen.

w **Berlin, 1. Dez. (Tel.)** Abg. Dr. Wirth ist heute zum erstenmal seit seinem schweren Unfall wieder im Reichstage erschienen. Er trägt den bandagierten rechten Arm noch in einer schwarzen Binde, will aber am nächsten Sonntag in Magdeburg bereits wieder eine Rede halten.

Wirtschaftspolitische Debatte im Reichstag.

S **Berlin, 1. Dez. (Drahtbericht unf. Berliner Schriftleitung.)** Im Reichstag begann heute die große Debatte über die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die eine sozialdemokratische Interpellation zum Inhalt hatte. Da man übereingekommen war, gleichzeitig auch die Interpellation über die Notlage im Aachener Gebiet und in der Pfalz sowie die Interpellation der Sozialdemokraten über die Verkehrspolitik im Osten mit dieser wirtschaftspolitischen Beratung zu vereinigen, so dürften die Verhandlungen hierüber zum mindesten bis Samstag durchgehen, wenn es nicht sogar notwendig ist, noch den Anfang der nächsten Woche hinzuzunehmen.

Zunächst begründete der sozialdemokratische Abgeordnete Aufhäuser die Interpellation seiner Fraktion und wies darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Konjunktur durch verschiedene Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung bedroht sei und dadurch weitere Teuerung, Senkung der Reallöhne, Steigerung der Lebenshaltungskosten usw. unmittelbar hervorgerufen würden. Der Redner ging dann so weit, unverzüglich Maßnahmen zu fordern, um ein weiteres Ansteigen der Preise zu verhindern. Er hält unsere Wirtschaftspolitik im Gegensatz zu der anderer Länder für falsch und kündet dem Reichswirtschaftsministerium bei seiner jetzigen Haltung den Kampf an. Er bringt noch einige Forderungen vor, u. a. die, daß das Reich bessere Löhne zahlen soll. Vor allem polemisiert er gegen die Bochumer Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die er als eine unerhörte Hetze gegen die Gemeinden bezeichnet. Auch über die Entwicklung des Wohnungsbaues für 1928 befragt er die Regierung.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius antwortet sofort und stellt zunächst fest, daß von einer Uebersteigerung des Preisniveaus nicht die Rede sein kann. Er glaubt im Gegenteil an eine Entspannung der Preiskurve. Für die Anleihepolitik der Kommunen fordert der Minister Einfügung in die Gesamtwirtschaft und Gemeinschaftsarbeit mit der Reichsregierung. Im Gegensatz zu Dr. Schacht erkennt er die produktive Verwendung der Anleihen an. Zu einer grundsätzlichen Aenderung der Kartellpolitik, so führte der Minister, der dann des weiteren die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik besprach, aus, müsse man erst die Ergebnisse der Enquete abwarten. An der Aktion zur Zollsenkung hält der Minister fest. Die Reichsbank werde sich mit allen Kräften bemühen, für die Konsolidierung der kurzfristigen Kommunalschulden eine große amerikanische Anleihe zu erhalten. Die Auffassung, daß es sich bei diesem Kapitel größtenteils um Luxusausgaben gehandelt habe, wird von der Reichsregierung nicht geteilt. Nach wie vor sagte der Minister die Bekämpfung der Auswüchse der Kartelle zu und verspricht dem Haushaltsausschuß eine Uebersicht über die bisherige Kartellpraxis, von deren Tätigkeit er schon jetzt einige Beispiele erwähnt. An die Aenderung des Kartellgesetzes selbst glaubt er erst im Frühjahr nach Abschluß der Arbeiten durch einen Enquete-Ausschuß herangehen zu können. Er schloß seine Rede mit einem Hinweis auf die geplante große Reichsreform, die auf der Ministerpräsidentenkonferenz im Januar durchgesetzt werden soll.

Inzwischen war ein kommunistischer Mißtrauensantrag eingegangen: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bespricht die sozialpolitische Seite der Interpellationen, wobei er feststellt, daß es nicht zum wenigsten die deutsche Sozialpolitik gewesen ist, welche uns vor schweren Erschütterungen des Wirtschafts- und Staatslebens im letzten Jahrzehnt bewahrt und damit den deutschen Wiederaufbau ermöglicht habe.

In der allgemeinen Aussprache, die sich daran anschloß, betonte der deutschnationale Abgeordnete Rademacher, daß sich seine Partei hinter den Reichsbankpräsidenten stelle in seinem Kampf um die Stabilität der Währung und gegen die Städte, denn in einer Schuldenwirtschaft lägen schwere Gefahren für die Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Redner kritisiert das parlamentarische System, das er das teuerste der Welt nennt. Zum Schluß seiner Rede polemisiert er gegen die Sozialdemokraten als diejenigen, die nur Unzufriedenheit in die Massen streuen wollen um wieder alle Macht in ihren Händen vereinigen zu können. Hierauf wurden die Verhandlungen auf morgen vertagt.

*

pd **Berlin, 1. Dez. (Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 15. Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation über

die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Das Haus einigt sich dahin, die Interpellationen über die Notlage im Aachener Gebiet, im Rheinland und in der Pfalz sowie die Interpellation über die Verkehrspolitik im Osten am Sonnabend besonders zu behandeln.

Abg. **Aufhäuser** (S) begründet dann die sozialdemokratische Interpellation und weist darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Konjunktur durch verschiedene Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung bedroht sei. Neue Erschütterungen der Wirtschaft durch weitere Teuerung, Senkung der Reallöhne, Erschwerung der Lebenshaltung aller Konsumenten und Steigerung der Not der Rentner seien unausbleiblich, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen getroffen würden, um ein weiteres Ansteigen der Preise zu verhindern und die Erhöhung der Einkommen zu fördern. Der Redner weist darauf hin, daß das Reich die niedrigsten Löhne zahle, in Königsberg sogar solche, die unter den Vorkriegslöhnen liegen. Statt mit gutem Beispiel voranzugehen, habe sich das Finanzministerium von der Reichsbahn ins Schlepptau nehmen lassen. Der Redner fragt, ob die Reichsregierung endlich die Lohnverhandlungen mit den Organisationen der Arbeiter wieder aufnehmen wolle. Der Redner beantragt Erhöhung der Leistungen der Angestellten- u. Invalidenversicherung. Die gegenwärtigen Sozialiasten seien keineswegs zu hoch. Besonders bedenklich sei die Bildung von Kriegskassen der Unternehmer, die mit diesem Kampffonds die Inkraftsetzung der Verordnung des Reichsarbeitsministers über das Dreischichtensystem verhindern wollten. Die vom Reichswirtschaftsminister versprochene Senkung der Zölle werden bewußt von den Geheimräten des Ministeriums sabotiert. Die vom Reichsbankpräsidenten entfesselte verhängnisvolle Anleihediskussion habe das Vertrauen des Auslandes zu unserer Produktionskraft erschüttert. Dr. Schacht habe eine unerhörte Hetze gegen die Gemeinden getrieben. Mit Entrüstung müsse man die hemmungslose Verallgemeinerung, die sich Dr. Schacht zur Herabwürdigung des Ansehens der deutschen Gemeinden vor der Weltöffentlichkeit erlaubt habe, zurückweisen. Mit der plötzlichen Sperre der Auslandskredite hat Dr. Schacht die deutsche Wirtschaft in unerhörter Weise geschädigt. In seiner Bochumer Rede hat der Reichsbankpräsident in der Verdrehung der Tatsachen den Gipfel erklommen, durch die völlig unwahre Behauptung, daß ohne die Luxusausgaben keine Auslandsanleihen für die Gemeinden notwendig gewesen wären. Tatsächlich aber handelt es sich gerade bei den Gemeinden um höchst produktive Ausgaben, die der gesamten Wirtschaft zugute kommen. Dr. Schacht macht sich weiter einer maßlosen Uebertreibung schuldig, wenn er sagt, daß die Anleihen der Gemeinden die Währung gefährden. Tatsächlich fordert die Tilgung und Verzinsung der Auslandsanleihen sämtlicher deutscher Gemeinden im Jahre 54—56 Millionen Mark. Die Gemeinden haben gewaltiges geleistet in der Versorgung der Arbeitslosen, die nicht vor der Villa des Reichsbankpräsidenten demonstriert haben, sondern vor den Rathäusern. Dr. Schacht hat im Interesse der Unternehmer gehandelt. (Beifall der Sozialdemokraten).

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

beantwortet darauf die Interpellation. Der Minister geht zunächst auf das Problem der Auslandsverschuldung ein. Er stellt Sicherheit und produktive Verwendung der bisherigen Auslandskredite fest und erklärt, daß von einer Uebersteigerung des Preisniveaus und einer quasi-Inflation zufolge der stimulierenden Wirkung der Hereinnahme von Devisen nicht die Rede sein könne. Für die Anleihe-Politik der Kommunen fordert er Einfügung in die Gesamtwirtschaft und Gemeinschaftsarbeit mit der Reichsregierung über Richtung, Maß und Tempo der Investitionen. Pracht und Verschwendung müssen wegen des schlechten Beispiels nach innen und wegen des falschen Eindruckes nach außen vermieden werden. Die historische Aufgabe, die Zwangslage der Kommunen, produktive Verwendung und Sicherheit auch dieser Anleihen, müssen aber trotz dieser Bedenken anerkannt werden. Die politische Seite der Auslandsverschuldung berge gewisse Gefahren. Dem stünde aber gegenüber, daß weltwirtschaftlich gesehen, die Verbindung zwischen der Kapitalkraft der Vereinigten Staaten von Amerika und der Produktivkraft des deutschen 70-Millionen-Volkes ein glückliches Ereignis sei. Die weiteren Bedenken, die von Gläubigerseite aus hinsichtlich der Priorität der Privatanleihen vor den politischen Schulden aufgetaucht seien, wären in der Zwischenzeit vor allem auch durch die schlagende Beweisführung des Reichsbank-Präsidenten in seiner Bochumer Rede beseitigt. Gegenüber Feststellungen der Interpellation erklärte der Minister, daß die Preiskurve nicht steil nach oben steige, daß man im Gegenteil von einer weiteren Entspannung sprechen könne. Die Regierung sehe keine Notwendigkeit, gesetzgeberische Vollmachten zu erbitten, um auf die Preise einzuwirken. Weiter betonte der Minister, daß der reparations-politische Ausschuß kein Angstprodukt auf Grund des Memorandums des Reparationsagenten sei, sondern daß er schon im Juli vorgesehen wurde. Nach seiner Einsetzung sei eine weitgehende Beruhigung in den Reparationsfragen eingetreten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

beantwortet dannden zweiten Teil der sozialdemokratischen Interpellation. Der zweite Teil der sozialdemokratischen Interpellation beschäftige sich mit Fragen der Lohnpolitik, der sozialen Renten und mit dem für die Fürsorge maßgebenden Bestimmungen. Der Nachdruck liege auf den Fragen der Lohnpolitik. Bekanntlich habe die aufsteigende Konjunktur des letzten Jahres auch eine beträchtliche Steigerung der Löhne zur Folge gehabt. Der Minister betonte ausdrücklich den Zusammenhang zwischen Lohnsteigerung und Konjunktur. Da jede behördliche Einwirkung auf die Lohngestaltung ihrer Natur nach begrenzt sei, seien die Behörden nicht in der Lage, die Lohnentwicklung maßgebend zu bestimmen. Deshalb bestehe der Einfluß des Arbeitsministeriums zumeist nur in einer vermittelnden Tätigkeit bei freien Verhandlungen und Verbindlichkeits-Erklärungen seien nicht die Regel. Bei letzteren sei das Ministerium auch an den Inhalt der Schiedssprüche gebunden. Die Schlichtungsbehörden seien sämtlich bestrebt gewesen, bei neuen Tarifverträgen die Löhne im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu heben, was die Entwicklung des letzten Jahres auch beweise. Man könne feststellen, daß sich das Niveau des Reallohnes der deutschen Arbeiterschaft im Durchschnitt gesehen ebenfalls gebessert habe. Man müsse aber berücksichtigen, daß in so kurzer Frist nicht alle Schäden der Vergangenheit wettgemacht werden könnten. Wenn dies bezüglich der Lohnhöhe gelten solle, so müsse es natürlich auch hinsichtlich des Unternehmergewinnes und der Kapitalansammlung gelten. Zu der Frage der Einwirkung der Betriebs-Rationalisierung auf die Löhne, erklärte der Minister, er habe stets entschieden dafür Sorge getragen, daß auch die Arbeiterschaft aus der Rationalisierung einen Nutzen ziehe, entweder durch Steigerung der Nominallöhne oder durch Preissenkung. Natürlich sei die Auffassung, ob diese Beteiligung der Arbeiter an dem Ergebnis der Rationalisierung in den abgelaufenen Monaten ausreichend gewesen sei, verschieden. Wenn man diese Frage klären wolle, so habe man dabei eine ganze Reihe von Faktoren zu berücksichtigen. Auch die Sozialrenten, so erklärte der Minister weiter, hätten in letzter Zeit eine teilweise beträchtliche Erhöhung erfahren, und zwar in einem solchen Umfange, daß die Beitragskraft der Versicherten und der Unternehmer wie auch die Leistungsfähigkeit des Reiches äußerst angespannt worden sei. Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen in der Sozialversicherung habe in diesem Jahre eine Höhe von 3,5 Milliarden gegen etwa 1,4 Milliarden im Jahre 1913 erreicht. Der Reichszuschuß sei gegenüber der Vorkriegszeit auf das Fünffache gestiegen. Seit Festigung der Währung habe fast jedes Jahr ein Gesetz zur Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung gebracht. Auch die Bezüge der Angestellten hätten sich seitdem wesentlich verbessert, ebenso durch das Gesetz vom Jahre 1926 die knappschaftlichen Leistungen. Auch nach Auffassung der Versicherten hätten die Beiträge eine Grenze erreicht, die nicht mehr überschritten werden dürfe. Auf die Bezüge der Fürsorgeempfänger stehe der Reichsregierung nur ein beschränkter Einfluß zu, da die Durchführung der öffentlichen Fürsorge Sache der Länder sei. Die Reichsregierung habe getan, was möglich sei. Auch für die Kleinrentner seien die im Ausschuß angekündigten Hilfsmaßnahmen bereits eingeleitet. Der Minister verwies weiter auf die Verbesserung der Bezüge der Kriegsbeschädigten, die gegenwärtig im Ausschuß beraten werde. Er ging dann auf den Kampffonds ein, der kürzlich von der Schwerindustrie gegründet worden sei, und betonte, daß Rüstungen für eventuelle Arbeitskämpfe ein Recht seien, das ebenso wenig bestritten werden könne, wie der Arbeitskampf selber. Zum Schluß erklärte der Minister, daß die deutsche Sozialpolitik trotz der ungeheuren Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in wenigen Jahren Leistungen vollbracht habe, welche die Taten von Jahrzehnten der Vorkriegszeit weit übertreffen.

Abg. **Rademacher** (DN.) erklärt, bei Durchsicht der sozialdemokratischen Interpellation habe man den Eindruck, daß hier, unbekümmert um alle systematischen Zusammenhänge, lediglich all die Schlagworte, die in der Welt herumschwirren, zusammengefaßt worden seien. Wenn wir auch früher, so erklärt der Redner, mit Dr. Schacht nicht immer einverstanden waren, so stehen wir doch hinter dem Reichsbankpräsidenten in seinem Kampf um die Stabilität der Währung. (Beifall rechts, Hört! Hört! links). Auch in seinem Kampf gegen die Städte und die von ihnen erstrebte Sozialisierung hinten herum. (Lachen links). Die gänzliche Beseitigung der Kapitalertragssteuer sei erforderlich, um die notwendige Bildung inländischen Kapitals zu erleichtern. Die deutsche Landwirtschaft werde von neuen Gefahren bedroht. Sie dürfe bei den deutsch-polnischen Verhandlungen nicht gefährdet werden. Die deutsche Industrie habe mit der Rationalisierung nur den Vorsprung eingeholt, den das Ausland vor ihr hatte.

Darauf werden die Verhandlungen auf Freitag 15 Uhr vertagt. Schluß 18 Uhr.

Steuben-Gedächtnisfeier.

w **Berlin, 1. Dez. (Tel.)** Die Vereinigung Karl Schurz in Berlin, veranstaltete heute nachmittag eine Steuben-Gedächtnisfeier anläßlich des 150. Jahrestages des Eintreffens Steubens in Amerika. Die Feier, die in festlichem Rahmen im Plenarsaale des Reichswirtschaftsrates stattfand, wurde von dem Vorsitzenden der Vereinigung, Abg. Erkelenz, eröffnet. Er erklärte, Deutschland sei stolz darauf, daß es den Vereinigten Staaten so viele Pioniere, so viele treue Bürger, geben konnte. Er schloß mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß die beiden großen Völker wieder enger zusammenrücken und an der gemeinsamen Aufgabe arbeiten, für den Frieden der Welt tätig zu sein. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete eine

Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann.

Er warf die Frage auf, ob der persönliche Impuls oder die Empfindungen eines ganzen Volkes zum Ausdruck gebracht wurden, als Steuben sich der amerikanischen Freiheitsbewegung zur Verfügung stellte. Der Minister bejahte das Zweite unter Hinweis auf eine ganze Reihe von Anzeichen aus der preußischen Geschichte dafür, daß Friedrich der Große mit größtem Verständnis und ernstem Empfinden dem Freiheitskampf der Amerikaner gegenüber stand. Als erste kontinentale Macht hatte Preußen die junge Republik anerkannt. Den ersten Handelsvertrag mit den U. S. A. hatte Friedrich geschlossen. Er hatte die ethische Idee, die der amerikanischen Freiheitsbewegung zugrunde lag, in vollem Umfange erkannt. „Es gereicht mir zur besonderen Freude, so fuhr der Minister weiter aus, daß das Denkmal Friedrichs des Großen gerade jetzt wieder aufgestellt worden ist, denn ich erblicke darin die Tatsache, daß die Dankbarkeit diesem deutschen Fürsten gegenüber wieder zum Ausdruck kommt." Der Minister unterstrich dann die Bedeutung des deutschen Volkstums an dem Aufbau der amerikanischen Nation. Dann ging er auf die Entwicklung des vorigen Jahrhunderts ein, das Amerika in seinen deutschen Einwanderern die wertvollsten Elemente seines Volkstums gebracht habe. Schließlich forderte er, daß das „Deutsche Lied" von Karl Schurz, eines der schönsten Lieder in deutscher Sprache, in jedem Schulbuch zu lesen sein müßte

Darauf ergriff

Professor Schreiber von der Yale-Universität

das Wort zu seiner großen Festrede, in der er ein anschauliches Bild von dem Leben und Wirken des Baron von Steuben zur Zeit der amerikanischen Freiheitskriege gab. Professor Schreiber bezeichnet Baron von Steuen als einen deutschen Pflichtmenschen, als Pionier in Amerika, und betonte, daß Steubens Geist nicht wenig dazu beigetragen hat, ein schlappgewordenes Volk immer wieder aufzurütteln, ihm den Mut einzuflößen, um auszuharren, bis es allmählich zielbewußt seiner großen Bestimmung entgegen ging. In der Schilderung gab der Festredner zahlreiche Einzelheiten über die organisatorische Tätigkeit Steubens in der amerikanischen Armee und schloß mit den Worten: „Wir Amerikaner sollten uns glücklich schätzen, und uns fortan einem großen Volke dankbar erweisen, das uns in einem seiner Söhne ein treffliches Beispiel an die Hand gegeben hat, an dem wir unsere Jugend so vorzüglich zum Gehorsam und zur Pflicht erziehen können."

Der letzte Redner der heutigen Steubenfeier, der amerikanische Geschäftsträger in Berlin,

Botschaftsrat Poole,

führte u. a. aus: Sie feiern heute das Gedächtnis an einen hervorragenden Deutschen, der nach Amerika ging. In den Vereinigten Staaten feiert man das Gedächtnis an einen hervorragenden Amerikaner, der aus Deutschland kam. General von Steuben gehört zu uns beiden. Die Feier in den Vereinigten Staaten ist ein Ausdruck der amerikanischen Achtung für das Land, aus dem so viele unserer wertvollsten Bürger gekommen sind. Wenn es möglich gewesen wäre, würde Botschafter Shurman selbst hier anwesend sein, um die Wertschätzung des großen Bürgergeschenkes, das Deutschland mit Steubens starker und begabter Persönlichkeit Amerika gab, hier zu schildern und in treffender Weise den großen Anteil zu beschreiben, den die deutsche Einwanderung an der Schaffung der amerikanischen Nation gehabt hat. Botschaftsrat Poole zitierte dann einige Sätze aus Shurmans Newyorker Steubens-Rede und schloß: „Ich will Ihnen nochmals dafür danken, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, bei der Gedächtnisfeier für eine der ersten vielen Gaben Deutschlands an mein Land auch meinen Tribut zu zollen."

Die Feier fand mit weiteren Vorträgen des Siemenschores einen stimmungsvollen Abschluß.

Der Lebensroman eines großen Generals.

Deutsche und Amerikaner finden sich in diesen Tagen zusammen, um des Tages zu gedenken, an dem vor 150 Jahren der preußische General Friedrich Wilhelm von Steuben, der ehemalige Flügeladjutant Friedrichs des Großen, in die amerikanische Nationalarmee eintrat, der er so wertvolle Dienste leisten sollte. Wohl selten ist das Leben eines preußischen Generals so bunt und bewegt gewesen, wie das Steubens. Am 15. November 1730 in Magdeburg als Sohn eines preußischen Generals geboren, wurde auch er Soldat und tat sich im Siebenjährigen Kriege aufs rühmlichste hervor, bis er im Winter 1761 bei der Eroberung der Festung Treptow durch die Russen ins Kriegsgefangenschaft geriet. Im Jahre 1762 schloß Rußland Frieden mit Preußen, und im März 1762 verließ Steuben Petersburg. Er wurde zunächst von seinem König nicht besonders liebenswürdig empfangen, und erst als sich Friedrich der Große überzeugt hatte, daß seine Offiziere nur der ungeheuren russischen Übermacht gewichen waren, beförderte er Steuben zum Hauptmann und später zum Rittmeister, außerdem ernannte er ihn zu seinem Flügeladjutanten.

Um diese Zeit standen England und seine nordamerikanischen Kolonien in erbittertem Kampf. In ganz Europa versuchten die Freiheitskämpfer Sympathien für ihre Sache zu werben. Der „Propagandachef für Frankreich", wie man heute sagen würde, war Benjamin Franklin, der sich in Paris aufhielt. Zu ihm kam Steuben, als er gerade in Paris war, und gewohnt, seine Entschlüsse schnell zu fassen, teilte er einige Tage darauf dem König von Preußen seine Absicht mit, in amerikanische Dienste zu treten. Friedrich der Große gab seine Zustimmung, und am 2. Dezember 1777 betrat Steuben amerikanischen Boden. Dort erlebte er zunächst eine der größten Enttäuschungen seines Lebens. Statt eines schlagkräftigen Heeres fand er eine undisziplinierte, schlecht verpflegte und noch schlechter bekleidete, Truppe vor. Die Ausrüstung der Soldaten war geradezu kläglich zu nennen. Bei einer großen Parade sah man Offiziere in einer Art Schlafrock, der aus einer alten wollenen Decke gemacht war. Falls ein Soldat den Krieg nicht mehr mitzumachen wünschte, wurde ihm anstandslos ein längerer Urlaub oder der Abschied bewilligt. So war allmählich der Effektivbestand der Truppen von 17 000 auf 5012 Mann zusammengeschmolzen. Steuben traf Regimenter von 30 Mann und Kompagnien, die nur aus einem einzigen Korporal bestanden. Washington schrieb die Hauptschuld an diesen Zuständen dem Kongreß zu, der glaubte, daß nur Begeisterung dazu gehöre, um eine Schlacht zu gewinnen. Zudem herrschte bei den Behörden eine ausgedehnte Korruption, und das Land war von Parteikämpfen zerrissen. Das rapide Anwachsen der Staatsschuld, der unaufhaltsam sinkende Geldwert, alle diese Umstände gestalteten die Lage immer bedrohlicher. Mit klarem Blick erkannte Steuben, daß nur ein schlagkräftiges Heer den

Kampf zugunsten Amerikas entscheiden konnte. Mit wenigen tüchtigen Offizieren ging er daran, die Armee zu reorganisieren, ihr Disziplin und ein Exerzier-Reglement beizubringen. In kurzer Zeit hatte er die Amerikaner von der Notwendigkeit dieser Neuerung überzeugt. Steuben verstand es, in den Soldaten Lust und Liebe zum Waffenhandwerk, Selbstvertrauen und Geistesgegenwart zu weden. Dabei gewann er alle Herzen durch die Fürsorge, die er für das Wohlbefinden seiner Untergebenen hegte. In kurzer Zeit hatte Steuben solche Erfolge zu verzeichnen, daß er vom Kongreß zum Generalinspektor der Armee ernannt wurde, und zeitweilig war er sogar Generalstabschef Washingtons, der ihn außerordentlich schätzte. Im Verlauf des Feldzuges führte er selbständig größere Operationen; an dem siegreichen Ausgang des Krieges hat er nicht geringen Anteil. Als er seine Mission erfüllt hatte, zog er sich ins Privatleben zurück und beschloß sein wechselreiches Dasein als einfacher Farmer.

Senator Borah für Rückgabe des deutschen Eigentums.

tu Newyork, 1. Dez. Bei der Steubenfeier in Baltimore wandte sich Senator Borah dagegen, daß das beschlagnahmte deutsche Eigentum immer noch nicht zurückgegeben worden sei. Gerade Steubens Vaterland, Preußen, habe zuerst im Vertrag mit den Vereinigten Staaten die Achtung des Privatrechtes anerkannt. Die Zeit sei jetzt gekommen, wo die Vereinigten Staaten verpflichtet seien, gegenüber den früheren Besitzern des beschlagnahmten Eigentums Gerechtigkeit zu üben. Senator Borah bezeichnete ferner die Entwaffnungsklausel im Versailler Vertrag als die gemeinste Bestimmung, die jemals ein Friedensvertrag enthalten hätte. In einer Zeit, wo die anderen Nationen mit dem Weltrüsten begännen, sei Deutschland die Nation, die in Genf den Kampf für den Frieden führe.

Das Keudell-Telegramm.

Eine Erklärung Preußens.

tu **Berlin**, 1. Dez. **(Tel.)** Von preußischer zuständiger Stelle wird in der Angelegenheit des Keudell-Telegramm an die Berliner Studentenschaft erklärt, daß das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun darauf zurückzuführen sei, daß sich der Reichsminister im Gegensatz zur preußischen Regierung nicht an den verfassungsmäßig gegebenen Weg gehalten habe, der für die Behandlung einer sachlichen Differenz zwischen Reich und Preußen vorgesehen sei. Weder im Reichsrat noch im Reichskabinett, noch auch im preuß. Kabinett sei durch den Reichsinnenminister seine abweichende Stellungnahme in der Frage des Studentenrechts bekanntgegeben worden, obgleich der Reichsinnenminister die zuständige Stelle des Reiches sei, die an sich in dieser Frage hätte Stellung nehmen müssen. Um so mehr hätte es Preußen verletzt, daß der Reichsinnenminister sich für die Festigung der Staatsautorität u. Staatspolitik eingesetzt habe, gegen den Kultusminister Stellung genommen habe. Das Reichsinnenministerium sei diejenige Stelle, die verfassungsmäßig dafür zu sorgen habe, daß die Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern gepflegt und eng gestaltet werde. Es sei nach Ansicht der preußischen Regierung nicht angängig, das größte Land im Deutschen Reiche zu brüskieren.

Die Auffassung der Reichsregierung.

s **Berlin**, 1. Dez. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Das Reichskabinett hat sich heute mit dem Briefe des Ministerpräsidenten Braun befaßt. Die allgemeine Stimmung unter den Kabinettsmitgliedern ging, wie wir hören, dahin, daß man dieses Schreiben als weit über das Ziel hinausschießend betrachtet, und beschloß, es durch ein Gegenschreiben zu beantworten. Es ist wohl kaum Zweifel vorhanden, daß dieser Antwort-Brief der Reichsregierung eine ruhig-sachliche, aber ebenso entschiedene Ablehnung des preußischen Briefes enthält, da man im Reichskabinett mit dem Innenminister dahin übereinstimmt, daß es ihm als Privatmann unbenommen ist, seine freie Meinung zu äußern. Der preußische Brief wird deshalb noch als ungewöhnlich bezeichnet, weil der scharfe Ausfall gegen ein Mitglied des Reichskabinetts ganz ungewöhnliche Schlußfolgerungen enthält, während in dem Telegramm des Innenministers nach Ansicht des Kabinetts keine irgendwie gearteten Angriffe auf Preußen enthalten sind. Wann die schriftliche Antwort des Reichskabinetts erfolgt, steht noch nicht fest, da man die Angelegenheit in keiner Weise übereilen will und erst nach reiflicher Überlegung die Antwort erfolgen soll. Man will jedenfalls von Seiten der Reichsregierung nach Möglichkeit, trotz aller prinzipiellen Ablehnung des preußischen Schrittes, eine Verschärfung des Konfliktes vermeiden.

Preußischer Landtag.

pd **Berlin**, 1. Dez. **(Tel.)**

Der Preußische Landtag nahm heute seine Plenarsitzung wieder auf. Die auf die Tagesordnung gesetzte zweite Beratung des preußischen Besoldungsgesetzes konnte jedoch noch nicht in Angriff genommen werden, weil diese Vorlage sich noch in der Ausschußberatung befindet.

Das Haus erhebt sich zu Ehren des gestern verstorbenen Zentrumsabgeordneten Reg.-Rat Dr. Hager-Berlin von den Plätzen.

Ein kommunistischer Antrag, zunächst Anträge der Kommunisten zu beraten, die sich gegen die dritte Verordnung zur Lockerung der Zwangswirtschaft wenden, wird abgelehnt.

Das Haus geht sodann über zur Fortsetzung der

zweiten Beratung der Landgemeinde-Ordnung.

Der Ältestenrat hat beschlossen, die vorgesehene namentliche Abstimmung über den Paragraphen 1 bei der das Haus während seiner diesjährigen Sommertagung beschlußunfähig wurde, auf morgen zu vertagen. Von deutschnationaler und kommunistischer Seite wird dem widersprochen. Durch Hammelsprung beschließt das Haus mit 185 Stimmen der Regierungsparteien gegen 155 Stimmen der Rechtsparteien, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Kommunisten, dem Antrag des Ältestenrats zuzustimmen.

Es folgt die Beratung des § 2 der Landgemeindeordnung, der bestimmt, daß das Gesetz sich auf die Gemeinden erstrecken soll, die bisher ländliche Verfassung besaßen und daß Streitigkeiten darüber, ob eine Gemeinde Stadt- oder Landgemeinde ist, im Verwaltungsstreitverfahren entschieden werden sollen. Bei der namentlichen Abstimmung über einen deutschnationalen Antrag, diesen § 2 an den Ausschuß zurückzuverweisen, stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Präsident **Bartels** beraumt auf sofort eine neue Sitzung an.

§ 3, wonach zum Gebiete einer Landgemeinde alle die Grundstücke gehören, die ihr bisher angehört haben, wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Beim § 4, der die Eingemeindungsfrage regelt, begründet Abg. **von Ennern** (DV.) einen Antrag, diese Materie durch Streichung des § 4—12 aus dem Gesetz herauszunehmen und für den Fall der Annahme dieses Antrages einer Entschließung zuzustimmen, wonach das Staatsministerium einen Gesetzentwurf vorlegen soll, der das Eingemeindungsrecht zusammenfassend regelt.

Nachdem Abg. **Kilian** (Komm.) in längeren Darlegungen die vorliegende Landgemeindeordnung als reaktionäres Machwerk abgelehnt hatte, vertagte das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

In der morgigen Sitzung steht auch das westfälische Eingemeindungs-Gesetz neben anderen kleineren Vorlagen auf der Tagesordnung.

Die Beratung des Reichsschulgesetzes.

vdz. **Berlin**, 1. Dez. **(Tel.)** Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag die Beratung des Reichsschulgesetzes beim Antragsrecht fortgesetzt. Paragraph 8 bestimmt, daß ein Antrag von Erziehungsberechtigten von mindestens 40 Kindern gestellt werden muß. Sind aber in einer Gemeinde weniger als 200 schulpflichtige Kinder vorhanden, so kann von dieser Bedingung abgesehen werden. Hierzu beantragen die Deutschnationalen, diese Bestimmung in eine Muß vorschrift umzuwandeln. Frau Abg. Dr. Bäumer (D) richtete heftige Angriffe gegen die westfälische evangelische Kirchenbehörde wegen ihres Verhaltens im westfälischen Schulkampf. Abg. Mumm (DN.) nahm die Kirchenbehörde in Schutz, während Abg. Dr. Runkel (DV.) die Vorgänge im Falle der Richtigkeit des Geschilderten aufs tiefste bedauerte. Bei der Abstimmung über die Paragraphen 8 und 9 wurde auf deutschnationalen Antrag im Paragraph 8, der sonst unverändert blieb, die Verweisung auf die Landesgesetzgebung gestrichen. Im Paragraph 9 wurden die Voraussetzungen für einen geordneten Schulbetrieb auf Antrag Dr. Runkel (DV.) mit den Stimmen der Antragsteller und der Linksparteien wie folgt formuliert: „Ein geordneter Schulbetrieb wird beeinträchtigt, wenn in der Gemeinde a) nicht in allen ihren Schulen die in Paragraph 1 Absatz 1 und 2 aufgestellten Bildungsziele erreicht werden können und b) die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in einer Gemeinde bestehende Entwicklungshöhe der Schulen nach Aufbau und Zahl der Klassen, Unterrichtsabteilungen und Unterrichtseinrichtungen nicht verbleibt oder wesentlich herabgemindert wird."

Neu eingefügt wurde auf Antrag der Regierungsparteien folgender Paragraph 9a: „Sind benachbarte Schulen nach dem 1. Januar 1919 zu einer größeren Schule zusammengelegt worden, so gilt bei der Entscheidung über einen vorschriftsmäßigen Antrag als geordneter Betrieb auch diejenige Höhe der Organisation, die am 1. Oktober 1918 in den früher getrennten Schulen vorhanden war." — Die Weiterverhandlung wurde vertagt.

Die Aufgaben des Sicherheitskomitees.

tu **Genf, 1. Dez. (Tel.)** In der heutigen Sitzung des Sicherheits-Ausschusses legte der neugewählte Präsident, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch, der Konferenz in großen Zügen das Arbeitsprogramm für die nächste Zeit vor. Er schilderte zunächst die historische Entwicklung der Sicherheitsfrage und wies insbesondere auf die Entschließung der Völkerbundsversammlung hin, auf die die Bildung des Sicherheits-Ausschusses zurückgehe. Es seien vier Hauptprobleme, die der Sicherheitsausschuß zu behandeln habe. Erstens das System der Schiedsgerichtsbarkeit, zweitens das System der Sicherheit, drittens die bereits abgeschlossenen Sicherheitsverträge, und viertens die Paktbestimmungen, soweit sie sich mit der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit befassen, also die Artikel 11. 12. 15 und 16. Für diese vier Fragengebiete werde die Kommission Berichterstatter zu ernennen haben. Die Kommission werde sodann das Bureau der Sicherheit zu konstituieren haben, um hierauf in die sachlichen Beratungen einzutreten. Benesch schlug sodann die Einsetzung einer besonderen Unterkommission vor, die sich mit der Prüfung der vier Fragen befassen und eine Zusammenstellung über die bereits abgeschlossenen Sicherheitsverträge vorlegen soll.

Im Anschluß an den Präsidenten Benesch ergriff der Vizepräsident, der griechische Delegierte Politis, das Wort zu einer, wie üblich, langen und eingehenden Erklärung, in der er insbesondere den Gedanken der Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit auf der Basis von internationalen kollektiven Schiedsgerichtsverträgen hervorhob. Er schlug sodann die Einsetzung zweier Unterkommissionen vor; die erste Unterkommission soll sich mit den Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Sicherheitsgrenzen, die zweite Kommission mit den Sicherheitsmaßnahmen befassen, die außerhalb des Völkerbundes geschaffen werden könnten.

Dann wurde eingehend die Frage erörtert, welche Arbeitsgebiete den noch einzusetzenden Unterkommissionen zu überweisen seien. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Auf Vorschlag des Präsidenten sollen bis zu der für Freitag früh einberufenen nächsten Sitzung des Ausschusses die einzelnen Delegationen schriftliche Anträge über das Arbeitsprogramm und die weitere geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Arbeiten einreichen. In der Aussprache wies Paul Boncour darauf hin, daß eine zu sehr ins einzelne gehende Prüfung des vorliegenden Materials in der Sicherheitsfrage eine Gefahr in sich berge. Die Abrüstung dürfe nicht unter Dokumenten begraben werden. Der Ausschuß habe die klare Aufgabe, die Voraussetzung zu schaffen, damit die Abrüstungskommission in das Schema des Konventions-Entwurfes die Ziffern für die Beschränkungen der Rüstungen einsetzen könne. Paul Boncour wandte sich ferner dagegen, daß die Unterausschüsse, die bisher allzu zahlreich seien. Die Auswahl der Berichterstatter sowie der Mitglieder der Unterausschüsse, müsse nach der persönlichen Eignung und nicht nach der Zugehörigkeit der Mitglieder zu den einzelnen Delegationen erfolgen. Der spanische Delegierte Sato betonte, daß der Sicherheitsausschuß die Aufgabe haben werde, die Sicherheitsbedingungen für diejenigen Staaten und Länder, die größere Garantie für ihre Sicherheit verlangten, insbesondere auf ihre Berechtigung zu prüfen. Zum Schluß erklärte Lord Cushendun, der zum ersten male in der Kommission das Wort ergriff, daß das Ausscheiden Lord Robert Cecils nicht als eine Änderung in der Stellungnahme der englischen Regierung zu dem Abrüstungsproblem aufgefaßt werden könne. Lord Cushendun kritisierte sodann die bisherigen Verhandlungsmethoden. Die Kommission habe ausschließlich die Aufgabe, von vornherein Maßnahmen vorzubereiten. Eine Prüfung des umfangreichen Materials in der Sicherheitsfrage sei kaum geeignet, von vornherein Ergebnisse herbeizuführen. Bisher seien noch keine praktischen Lösungsvorschläge aufgetaucht, und, wenn man sich auf die Prüfung des Dokumenten-Materials beschränkte, würde man wohl nie zum Ziele gelangen. Die theoretische Diskussion des Schiedsgerichtsbarkeits-Gedankens bedeute noch lange keinen Fortschritt auf dem Wege zu der von allen so dringend gewünschten Abrüstung. Die Öffentlichkeit erwarte praktische Ergebnisse. Die Debatte wurde hierauf von dem Präsidenten Dr. Benesch für geschlossen erklärt. Die nächste Sitzung wurde für Freitag 10½ Uhr vormittags einberufen.

Kein amerikanischer Beobachter auf der Sicherheits-Konferenz.

w **Washington, 1. Dez. (Tel.)** Wie verlautet, wird die Regierung der Vereinigten Staaten die Einladung, einen Beobachter zur Sicherheits-Konferenz nach Genf zu entsenden, ablehnen.

Vor einem Streik der Eisenbahnarbeiter?

Ultimatum der Berliner Eisenbahnarbeiter an die Gewerkschaften.

w **Berlin, 1. Dez. (Tel.)** Heute vormittag erschien, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, eine Abordnung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes bei der Hauptverwaltung des Eisenbahner-Einheitsverbandes, und verlangte sofortige Auskunft darüber, wann die Verhandlungen mit der Reichsbahn-Gesellschaft über die Erzöhjung der Ortslohnzuschläge zu Ende gebracht werden würden. Die Zentral-Gewerkschaft erklärte, daß sie sich erst mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn in Verbindung setzen müßte, um dort eine grundlegende Auskunft zu erhalten. Darauf haben die Vertreter der Berliner Eisenbahnarbeiter ihrer Gewerkschaftsleitung in ultimativer Form mitgeteilt, daß, wenn bis Donnerstag abend keine Entscheidung gefallen sein sollte, am Freitag eine Generalversammlung der Berliner Eisenbahnarbeiter stattfinden werde, in der man über die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels Beschlüsse fassen werde, falls nicht inzwischen eine Verständigung erzielt werden kann.

Die Eisenbahnerbewegung in Dresden.

w **Dresden, 1. Dez. (Tel.)** Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden mitteilt, hat sich die Zahl der bestreikten Stellen nicht verändert. Der Streik beschränkt sich nach wie vor auf Dresdener Dienststellen. Die Heranziehung von Hilfskräften nimmt den erwünschten Fortgang. Der Personenverkehr konnte in vollem Umfange und ohne nennenswerte Verzögerung aufrechterhalten werden. Im Güterverkehr konnte ohne Annahmesperre ausgekommen werden. Teilweise in der Presse verbreitete Nachrichten über Lahmlegung des Rangierbahnhofes Dresden-Friedrichstadt sind falsch. Zwar sind dort gewisse Minderleistungen infolge des Streikes eingetreten, doch ist der Betrieb durch Verkehrsumleitungen und Einsatz von Ersatzkräften flüssig erhalten worden.

Ausstand der saarländischen Eisenbahnarbeiter.

tu **Saarbrücken**, 1. Dez. **(Tel.)** Heute nachmittag ist es plötzlich zu einem Ausstande der saarländischen Eisenbahnarbeiter gekommen. Die Regierungskommission hat sich geweigert, die von den Eisenbahnarbeitern geforderte Lohnerhöhung von 34 Centimes pro Stunde zu bewilligen. Die Forderung, die bereits vor einigen Tagen an die Regierungskommission gerichtet wurde, ist die Grundlage zum Ausstand der Arbeiter.

Aus aller Welt.

Die Direktoriumsbildung im Memelgebiet.

w **Memel**, 30. Nov. Wie das „Memeler Dampfboot" auf Anfrage beim Memeler Gouvernement erfährt, haben die Verhandlungen über die Bildung des Direktoriums heute zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Die Ernennung des Präsidenten und die Bekanntgabe der Namen der übrigen Mitglieder des Direktoriums ist für morgen zu erwarten. — Zu bemerken ist, daß es sich nicht um ein Direktorium handelt, dessen Mitglieder ausschließlich den Mehrheitsparteien angehören oder ihnen nahestehen, sondern daß ihm sogar ein Großlitauer schärfster Richtung angehören soll.

Vertagung des Danziger Volkstages auf unbestimmte Zeit.

w **Danzig**, 30. Nov. **(Tel.)** In der für heute vorgesehenen Schlußsitzung des alten Volkstages brachten die Deutschnationalen einen Antrag auf Einberufung einer neuen Sitzung für Mittwoch den 7. Dezember ein, in der das Wohnungszwangswirtschaftsgesetz beraten werden sollte. Bei der Abstimmung über diesen Antrag, gegen den sich auch der deutschnationale Präsident des Volkstages ausgesprochen hatte, wurde das Haus beschlußunfähig, worauf der Präsident den Volkstag auf unbestimmte Zeit vertagte.

Christentum und öffentliches Leben.

Vortrag im Deutschen katholischen Frauenbund.

Münster, 1. Dezember.

Der letzte Vortrag aus der Reihe der vom Katholischen Frauenbund veranstalteten Vortragsreihe fand am Dienstag den 29. November, abends in überfüllem Saale statt. Herr Universitätsprofessor Dr. Donders sprach in sehr eindrucksvoller Weise über das Thema „Christentum und öffentliches Leben".

Der Redner erinnerte zunächst daran, daß unsere Voreltern in dem Bedürfnis, ihre Glaubensfreude zum Ausdruck zu bringen, den Boten des Christentums, dem heiligen Ludgerus, Bonifatius, Willrad und Ansgar Denkmäler in den Straßen der Städte gesetzt haben. Unsere heutige Zeit dagegen ist einem solchen Glaubensbekenntnis in der Öffentlichkeit abgeneigt. Es mag daher die Frage gestellt werden, ob das Christentum ins öffentliche Leben gehört. Dies muß man bejahen, denn es hat das Christentum ein Recht auch auf die neue Zeit. Der Heiland selbst weist ihm seinen Platz in der Öffentlichkeit an, wenn er seinen Aposteln den Auftrag gibt: „Gehet hin in alle Welt!" Damit ist dem Christentum die ganze Erde als Bereich seiner Wirksamkeit angewiesen. An anderer Stelle des Evangeliums heißt es, daß das Licht auf einen Leuchter gesteckt werden müsse, damit es in der Gemeinschaft der Menschen leuchtet. Die Apostel versteckten die Heilsbotschaft Christi nicht an unzugänglichen Orten, sondern trugen sie gerade dahin, wo es am gewagtesten war: an die Kulturstätten des Altertums nach Rom und auf den Areopag von Athen. Damit ist dem Christentum ein geschichtliches Recht zur Herrschaft in der Welt gegeben, denn Religion ist eine Königin und kann nicht im staubigen Winkel ihr Dasein fristen. Das Wort „Religion ist Privatsache" ist in unseren Tagen das Losungswort einer großen Gemeinschaft, die zugleich die „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" auf ihre Fahne schreibt. Wenn das Wort „Religion ist Privatsache" im Sinne einer innerlichen Religiosität verstanden würde, so wäre nichts dagegen einzuwenden. So aber wird die Forderung, daß Religion Privatsache sein soll, nicht verstanden. Sie will vielmehr besagen, daß die Religion aus dem öffentlichen Leben verdrängt werden soll. Der Kampf gegen die Religion ist heute die alleröffentlichste Angelegenheit. Demgegenüber muß betont werden, daß der Mensch eine Einheit ist, die man inbezug auf ihre Lebensäußerungen nicht teilen kann. Man kann nicht in Haus und Kirche religiös, im übrigen Leben aber heide sein. Religion ist auch keineswegs nur Sache des einzelnen, sondern Gemeinschaftsangelegenheit. Sie ist Verbindung zwischen Gott und Mensch aber auch zwischen den Menschen untereinander. So hat nicht nur der einzelne, sondern auch die Gemeinschaft religiöse Pflichten, auch der Staat. Das Weltgericht ist eine Abrechnung über den einzelnen hinaus mit den Volkern.

Religion und Kirche haben aber nicht nur das Recht, sich im öffentlichen Leben auszuwirken, vielmehr ist dies eine Notwendigkeit zumal heute, daß die Religion alle Lebensgebiete durchdringt. Plato spricht den Gedanken aus: Wer die Religion zerstört, der zerstört die Grundlagen des Staates. Gerade aus der Religion leitet der Staat seine Autorität her und es gibt zahlreiche Glaubenssätze, die nicht nur auf Übernatürliches, sondern auch auf die bürgerliche Ordnung Bezug haben. Ein Staatswesen kann sich nicht halten ohne ewige Gesetze und Sanktionen. Nicht die Gewehre vermögen den Staat zu stützen, sondern nur die Gewissen. Die Gesetzmäßigkeit des Weltalls, die Ordnung der Lebensgesetze sind Vorbedingung für einen gleichmäßigen Ablauf alles Geschehens. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist die Vorbedingung zum Glück. Das gilt auch von der sittlichen Ordnung. Der Wille Gottes ist auch das Glück der Völker. Will sich der Staat auf Gott stützen, so muß er den Dekalog bejahen. Die 10 Gebote stellen eine Einheit dar, und man kann nicht das vierte Gebot aus Staatsgründen bejahen und das erste und zweite leugnen.

Wie steht es nun mit der Erfüllung dieser Gedanken? Es ist unsere Aufgabe, die Zeichen der Zeit zu verstehen, eine Aufgabe, die uns Christus selbst (Math. 16 4) aufgetragen hat. Es ist sicher wahr, daß unsere Zeit großes Interesse an religiösen Dingen nimmt. Aber diese Anteilnahme ist sehr unklar und ganz subjektiv eingestellt. Ganz gewiß fehlt es in den Reihen der Sekten nicht an eifrig Strebenden aber man kann auf sie das Wort des Augustinus anwenden: „Sie machen große Schritte, aber außerhalb des rechten Weges und kommen daher nicht zum Ziel." Auch in der Literatur, selbst auf der Bühne verrät sich religiöses Verlangen. Ist doch Religion die tiefste Leidenschaft des Menschen. Somit weißt unsere Zeit zwei Strömungen auf: den breiten Strom freier autoritätsloser, mit eigenem Maßstab messender subjektiver Religiosität und den schmalen geist gen Strom objektiven Denkens, das sich auf die Autorität Gottes stützt. Augustin drückt dies aus: „Die Kirche ist das Nicht-Ich". Das Denken wird zum Glauben, man baut nicht auf die eigene Kraft, sondern vertraut auf die Gnade Gottes und empfindet die Autorität als eine Wohltat. Will man diesen tiefgreifenden Unterschied beider Geistesströmungen in einem Gedanken aufsuchen, so findet man ihn in der abweichenden Auffassung vom Übernatürlichen. Hier scheiden sich die Geister.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Massen dem Christentum fortgelaufen sind. Man sagt zwar, daß der Materialismus überwunden wäre. Das ist aber nur zum Teil wahr. Freilich, auf den Lehrstühlen wird er nicht mehr verkündet. Aber die Aussaat, welche von hier ehemals ausging, ist in der breiten Masse des Volkes aufgegangen und Bolschewismus ist die Frucht. Und dabei ist doch die Religion der einzige Untergrund, auf dem die soziale Frage gelöst werden kann. Menschen, denen der Glaube an die Ewigkeit zerschlagen wurde ist zugleich der Sinn des Lebens vernichtet. Sie müssen Feinde der öffentlichen Ordnung werden.

Wir nennen uns noch christlich, aber in Wirklichkeit fragen doch nur wenige zu allererst nach dem Willen Gottes. Als ein Zeichen der Zeit muß es beurteilt werden, daß der Gesandte Sowjetrußlands sich weigerte, ein Glückwunschschreiben des diplomatischen Korps mitzuunterzeichnen, weil darin der Name Gottes enthalten war. Und aus dem gleichen Grunde ließ ein sächsischer Lehrer seine Schulkinder singen: „Es ist bestimmt in Schicksals Rat". Es ist unverkennbar, daß ein neues Heidentum heraufsteht. Das zeigt die ungeheuer hohe Zahl der Ehescheidungen, das Wochenende und seine schlimmen Begleiterscheinungen und die Übertreibungen im sportlichen Leben. Die Sünde wird ihres Charakters entkleidet. Papst Benedikt XV. nannte die fünf Wunden unserer Zeit: Mangel an Liebe, Habsucht, Mangel an Arbeitswillen, Geistesstolz und Sinnenlust und das Verschwinden des Jenseitsglaubens.

Dieses moderne Heidentum ist in einer langsamen Entwicklung entstanden, die ihre Wurzel bereits in der sogenannten Renaissance hat. Demgegenüber war es Aufgabe der letzten Päpste, die Grundsätze des katholischen Christentums klar aufzuzeigen. So der Syllabus Pius IX., die leoninischen Enzyklika und schließlich das Wort Pius XI. vom Frieden Christi im Reiche Christi. Das ist auch der Sinn des Königsfestes Christi.

Somit ist es ausgesprochenes Gebot der Stunde, daran mitzuarbeiten, daß unser öffentliches Leben wieder mit dem Geiste Jesu Christi durchdrungen wird, daß die Gott Entfremdeten zurückgewonnen werden. Daran mitzuarbeiten sind gerade auch die Frauen berufen.

Das Grabmal des heiligen Bonifatius in Fulda stellt den Apostel der Deutschen dar, als wolle er sich aus dem Grabe erheben. Noch ruhen die Leiber unserer Glaubensboten in ihrer Gruft und harren der Auferstehung. Aber auferstehen kann und soll in jedem von uns ihr Glaubensgeist und ihr Bekennermut, damit wieder Christentum in unser öffentliches Leben flutet.

E. v. T.

Eröffnung des Bildtelegraphischen Verkehrs Berlin Wien.

Der erste Schritt in die völlige Umwälzung des internationalen Nachrichtenverkehrs. — Demnächst drahtlose Bildtelegraphie Berlin—Moskau. — Nächster Schritt Kurzwellen-Fernsprechverkehr über Kontinente und Ozeane.

+ **Berlin** 1. Dezember.

Heute vormittag um 10 Uhr eröffnete Staatssekretär Feyerabend vom Reichspostministerium den öffentlichen telegraphischen Bildverkehr zwischen Berlin und Wien. Es war kein feierlicher Eröffnungsakt, sondern eine wegen ihrer Einfachheit ansprechende Zweckhandlung. Die Ministerialräte Jäger und Zöllner gaben technische Erläuterungen für den kleinen Kreis der geladenen Behörden- und Pressevertreter. Dann erfolgte ein telegraphischer Begrüßungsaustausch zwischen Berlin und Wien und danach kam in Berlin als erstes Fernübertragungsbild die Photographie des Reichskanzlers Dr. Marx auf die Walze des Fern-Übertragungsapparates. Gleichzeitig drehte sich in Berlin die Empfangswalze, um das Bild des Dr. Seipel aufzunehmen.

Die elektrischen Zeichen wurden für diesen Bilderaustausch und werden für den öffentlichen Bild-Übertragungsverkehr zunächst über die Kabel zwischen Berlin und Wien geschickt. Gleich neben der Apparatur in dem Betriebssaal des Haupttelegraphenamtes in Berlin steht aber auch die Einrichtung für die drahtlose Bildübermittlung. Ihr gelten die größeren Hoffnungen und Erwartungen. Zwar ist es von heute ab schon möglich — das Auge überzeugt sich davon — im öffentlichen Verkehr Bilder telegraphisch weiterzugeben. In kurzer Zeit wird das durch Funkwellen und nicht nur über Kabel geschehen. Und dieser Verkehr der nächsten Zukunft wird sich sehr erheblich schneller abwickeln als der Bilderübertragungsdienst unter Anwendung des Kabels in ziemlich genau 16 Minuten vollzieht. Die drahtlose Übertragung würde nach dem heutigen Stande der Technik aber höchstens drei bis vier Minuten beanspruchen. Darüber hinaus aber wird die drahtlose Bilder-Übermittlungseinrichtung unendlich viel stärker ausnutzbar sein.

Die drahtlose Bilderübertragungseinrichtung, die bereits im Haupttelegraphenamte aufgestellt ist, wird unter Verwendung von Kurzwellensendern betrieben. Die gleichen Sender können aber nicht nur in den Dienst des Bild übertragungsverkehrs sondern auch für den Fernsprechverkehr ohne Draht verwendet werden.

Damit eröffnet sich für die drahtlose Technik ein ungeheures Anwendungsgebiet. Wir werden in kurzer Zeit drahtlose Bilder nach Wien geben und von dort bekommen. Wir werden dann aber gleichzeitig auch mit Wien drahtlos sprechen.

Die drahtlose Apparatur ist nicht mehr an das Kabel gebunden. Man kann sie in allen großen deutschen Städten aufstellen und dann den Zeitungen die Möglichkeit verschaffen, ihren Bilderdienst über Tagesereignisse in der Schnelligkeit bis ins Märchenhafte zu steigern. Es wird glatt möglich sein, Ereignisse wie Empfänge, Flugzeuglandungen, Unglücksfälle und ähnliches im Bilde in wenigen Minuten über das ganze Reich zu verbreiten. Die Polizei wird in der Lage sein, das Bild eines steckbrieflich Verfolgten, eine Wechselfälschung, eine falsche Geldnote mit allen bildlichen Einzelheiten sofort über das ganze Reich bekannt zu geben.

Man wird mit diesem drahtlosen Bildübertragungsdienst aber noch viel weiter gehende Zwecke durchführen können. Unabhängig von den Kabeln wird es möglich sein, drahtlose Ferngespräche über jede Entfernung zu führen.

Das Wort gilt für die ganze Erde. Es handelt sich nicht nur um die Überbrückung der Entfernungen in Deutschland oder in Österreich; sondern um die sekundenschnelle Überwindung der großen Kontinente und der weitesten Ozeane.

Schon jetzt wird an der Aufstellung eines bildtelegraphischen Apparates in Buenos-Aires gearbeitet. Er soll mit Berlin verkehren. Das wird nicht mehr unter Anwendung von Kabeln, sondern drahtlos geschehen. Der gleiche Kurzwellensender, der die Bildzeichen übermitteln wird, soll aber auch im öffentlichen Verkehr die Ferngespräche zwischen Buenos-Aires und jedem Ort in Deutschland abwickeln, der bereits mit der erforderlichen Apparatur ausgerüstet ist.

Ebenso finden zur Zeit schon Versuche für die Aufrichtung eines telegraphischen Bilderdienstes zwischen Moskau und Berlin statt. Auch er wird drahtlos gestaltet und auch hier entstehen Einrichtungen, die ohne besondere Schwierigkeiten auch für den drahtlosen Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Moskau benutzt werden können. Genau so wie bei den drahtlosen Versuchen zwischen Berlin und Wien handelt es sich darum, die Wellenlängen herauszufinden, die angesichts der bestehenden atmosphärischen Grundverhältnisse in den in Frage kommenden Gebieten die beste Voraussetzung für eine störungsfreie Abwicklung des öffentlichen Fernsprechverkehrs und des Bilderdienstes versprechen.

Das Ausland bekundet an den neuen deutschen Fortschritten auf diesem Gebiete auch sonst die stärkste Anteilnahme. Seitens Amerika und England liegen für die deutsche Funkindustrie schon Aufträge vor, da Deutschland in der Herstellung dieser Apparate ein Weltmonopol besitzt, das durch die Leistungsfähigkeit seiner Techniker erzielt worden ist.

Die heutige Eröffnung des Bilderaustauschdienstes zwischen Berlin und Wien ist also nur ein erster Schritt in eine ganz große nahe Zukunft des Nachrichtenverkehrs überhaupt. Man sieht, das Haupt-Telegraphenamt in Berlin heute mit dem erhebende Gefühl, daß es seinen Ruf als größte und technisch am meisten vervollkommnete Anlage dieser Art der ganzen Erde auch in Zukunft sichern wird.

Aus den Provinzen.

+ **Handorf**, 30. Nov. (Aus dem Spar- und Darlehnskassenverein.) In der gestrigen Hauptversammlung erstattete zunächst der Rendant den Kassenbericht. Darauf sprach Generalsekretär Biener über die Bedeutung des Spar- und Darlehnskassenvereins für ländliche Bezirke. — Bei der anschließenden Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes und zweier Mitglieder des Aufsichtsrates wurde Gastwirt Bitter in den Vorstand gewählt, während die beiden Mitglieder des Aufsichtsrates wiedergewählt wurden.

+ **Ottmarsbocholt**, 30. Nov. (Unser Friedhof) ist bis auf die Einfriedigung und ein neues Portal fertiggestellt. Der Weg vor dem Kirchhof wurde erbreitert, so daß jetzt der Leichenwagen bis zum Eingangsportal fahren kann. Es bedarf nun noch der Wagenbeschaffung, jedoch zunächst aber der Instandsetzung der Dorfstraße bei der Kirche.

Dorsten, 30. Nov. (Ein verdächtiger Fund.) Ein Eisenbahnbeamter fand in einem Abteil eine Damenhandtasche, die eine ganze Reihe Geldbörsen enthielt. Und alle waren sie mit einem nicht gerade geringen Geldbetrag gespickt. Daher kann man bei der Mutmaßung über den Verlierer annehmen, daß es sich um die verloren gegangene „Tageseinnahme" irgendeines Spitzbuben handelt.

△ **Lingen**, 30. Nov. (Einen folgenschweren Sturz) tat Samstag Bürgermeister Gilles. Als er am Abend noch einige eilige Sachen zur Post geben wollte, glitt er auf der Treppe vor seiner Wohnung aus und stürzte. Eine Rippenquetschung und eine Gehirnerschütterung zwangen ihn, das Bett zu hüten.

Vermischtes.

* w **Zweifacher Mordversuch.** Berlin, 1 Dez **(Tel.)** Heute nachmittag wurde im Osten Berlins ein Ehepaar in seiner Wohnung von einem Mann überfallen und durch Schüsse mit einem Beil verletzt. Der Täter, ein Motorschlosser, der früher mit dem Sohne des Ehepaares zusammen gearbeitet hatte, ist entkommen. Der Zustand des Ehemanns ist sehr ernst.

* + **Ausfall des Kreuzers „Berlin" zu seiner Weltreise.** Kiel, 1 Dez. Heute vormittag trat der Kreuzer „Berlin" die Ausfahrt zu einer 1½jährigen Weltreise an.

Kirchliches.

Weihnachtsfeier in Gerleve.

Wegen der übergroßen Zahl der Anmeldungen mußte die Liste für die Einlaßkarten zur Hl. Nacht bereits geschlossen werden. Weitere Anmeldungen können deshalb leider keine Berücksichtigung mehr finden. Die Karten werden nach dem 8. Dezember verteilt.

Aus dem Reiche des Rundfunk.

Kinderfunk der „Deutschen Welle".

Nach dem Vorgang vieler Deutscher Sendegesellschaften wird jetzt auch die „Deutsche Welle" einen Kinderfunk senden. Von Donnerstag, den 1. Dezember ab bietet die „Deutsche Welle" den Kindern täglich in der Zeit von 14,20 bis 14,45 Uhr (2,20 bis 2,45 Uhr) eine Unterhaltungsstunde. Jede Kinderstube der Woche hat ihr besonderes Gepräge. An den Donnerstagen werden Männer, die in fremden